

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 19.50 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

**CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsherr Günter Strelow  
Ratsherr Hermann Züchner

(bis 19.30 Uhr)

### F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

(bis 18.45 Uhr)

### von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städt. Oberrat Herbert Greiber  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

5 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Er spricht Herrn Brinkmann, der heute auf den Tag genau 13 Jahre das Amt des Oberbürgermeisters innehat, im Namen des Rates die herzlichsten Glückwünsche aus und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, die Vorlage 13/837 "1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden" (TOP 26) werde auf Bitten der SPD-Fraktion abgesetzt.

Die Vorlage 13/858 "Schlachthof Emden GmbH; Pachtvertrag" (TOP 10) werde in der nicht-öffentlichen Sitzung behandelt.

**Frau Everwien** hält es für angebracht, über die Situation bei VW zu sprechen, und möchte deshalb den Antrag stellen, eine Grußadresse oder eine Resolution zu verabschieden. Man habe in der Zeitung lesen können, was sich dort hinsichtlich der befristeten Arbeitsverträge abspiele. Sie könne dazu etwas sagen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** schlägt vor, wenn kein Widerspruch erfolge, dieses Thema unter TOP 27 (3) zu behandeln.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

**Herr Janßen** fragt, ob es nicht möglich sei, die VA- und Ratsprotokolle etwas zeitnaher zu erstellen, da die Ratsmitglieder, die nicht an den Sitzungen teilgenommen hätten, sonst nicht Bescheid wüßten.

**Herr Brinkmann** erwidert, das sei nur möglich, wenn man auf die ausführlichen Protokolle verzichte, da Frau Pientka sowohl die VA- als auch die Ratssitzungen protokolliere. Es werde z.Z. innerhalb der Verwaltung geprüft, wie eine Änderung herbeigeführt werden könne.

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1998

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.01.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/848  
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum

Beschluß: Der Feuerwehrmann Siemen Boomgaarden ist zum 04.07.1999 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/849  
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum

Beschluß: Der Feuerwehrmann Uwe Schmidchen ist zum 04.07.1999 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

---

Punkt 7: Vorlage 13/850  
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum

Beschluß: Der Feuerwehrmann Gerd de Boer ist vom 10.08.1999 bis zum 31.03.2001 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/851  
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum

Beschluß: Der Feuerwehrmann Erwin Hoofdman ist zum 10.08.1999 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/857  
Schlachthof Emden GmbH; Öffentlichkeitsvertrag

**Herr Brinkmann** führt aus, bekanntlich sei nach langem Suchen wieder ein Betreiber für den Schlachthof gefunden worden. Es müsse sowohl ein Öffentlichkeitsvertrag als auch ein Pachtvertrag, der in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt werde, geschlossen werden. Der Geschäftsführer der Schlachthof Emden GmbH, Herr Ellen, habe hervorragende Arbeit geleistet. Er bitte den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

**Herr Bolinius** erinnert daran, daß die F.D.P.-Fraktion seinerzeit davor gewarnt habe, den Schlachthof zu bauen, weil alle Prognosen dagegen gesprochen hätten. Seine Fraktion stimme dem Öffentlichkeitsvertrag zu. Man wisse sehr wohl, daß es schwierig sei, einen geeigneten Pächter zu finden. Er möchte allerdings auf die Euphoriebremse treten, weil der Verlust lt. Auskunft von Herrn Hemken ein fünfstelliger Betrag sei. Dennoch sehe man die Arbeit von Herrn Ellen als sehr gut an.

**Herr Leeker** entgegnet, man müsse die Gesamtheit des Unternehmens betrachten. Es hätten lange Zeit zahlreiche Arbeitsplätze erhalten werden können, die für die Mitarbeiter besonders wichtig gewesen seien. Darüber hinaus habe man auch ein Volumen an Besitz, der über die Jahre relativ gut erhalten geblieben sei. Wenn es mit dem vorherigen Unternehmen nicht so gelaufen sei, wie man es sich vorgestellt habe, so sei das immer noch besser, als wenn der Schlachthof gleich geschlossen worden wäre.

Herr Bolinius spreche immer vom freien Unternehmertum und über die Privatisierung. In dem Moment, wo man in dieser Richtung tätig werde, gehe man ein Risiko ein. Dieses habe man getan und sich in einem vertretbaren Umfang auch Nachteile eingehandelt. Unter dem Strich könne man damit aber sehr wohl bestehen.

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden stimmt dem Öffentlichkeitsvertrag vom 30.03.1999 zwischen der Stadt Emden und der Erzeugergemeinschaft für Qualitätsvieh Hümmling e. G. (EZG), Lorup, zu.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 13/858  
Schlachthof Emden GmbH; Pachtvertrag

Ergebnis: Dieser TOP wird in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt.

Punkt 11: Vorlage 13/824  
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1999 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

**1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig**

7910-7171 An Verkehrsv. Seehafenstadt Emden 60.000 DM

**2. Verwaltungshaushalt - außerplanmäßig**

a) 0220-6300 Lfd. Kosten f.d. Lohnverarbeitung 90.000 DM  
b) 3300-7174 Zuschuß für Theaterfestival 37.000 DM  
c) 7910-6550 Ausgaben zum EU-Projekt SESAMES 887.900 DM

**3. Vermögenshaushalt - überplanmäßig**

a) 0610-9354 PC-Hardware 90.900 DM  
b) 3610-9517 Material Johanna Mühle 100.000 DM

**4. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig**

a) 2501-9355 Ausstattung für Berufsfeld "Drucktechnik" 120.000 DM  
b) 6300-9657 Erschließung D 44 B 2.750.000 DM  
c) 7000-9657 Kanalisation D 44 B 3.600.000 DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Vorlage 13/825  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1999

Ergebnis: Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

---

Punkt 13: Vorlage 13/811  
Bestimmung über die Ablösung von Erschließungsbeiträgen im Bebauungsplangebiet D 8 (Wolthusen)

Beschluß: Die der Vorlage 13/811 als Anlage 1 beigefügten Bestimmungen über die Ablösung von Erschließungsbeiträgen im Bebauungsplangebiet D 8 (Wolthusen) werden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 14: Vorlage 13/793  
Erlaß der Veränderungssperre Nr. 18 für den Geltungsbereich des B-Planes D 137 (Stadtteil Harsweg, Gebiet zwischen Auricher Straße, Tettastraße, Kreuzstraße und Alter Postweg)

(Herr Janßen nimmt an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

**Herr Röttgers** erläutert die Vorlage.

Beschluß: Die Veränderungssperre Nr. 18 wird gemäß beigefügter Fassung als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig  
Enthalt.: 2  
Befangen: 1

Punkt 15: Vorlage 13/406/5  
Bebauungsplan D 5 A, 3. Änderung - mit örtlichen Bauvorschriften -, Stadtteil Borssum (Bereich zwischen Ulmenstraße, Ginsterweg, Sportplatz SV Blau-Weiß Borssum und dem Schulsportplatz der Osterburgschule)  
- Satzungsbeschluß (Stadium III)

Beschluß: Der Bebauungsplan D 5 A, 3. Änderung - mit örtlichen Bauvorschriften - nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 16: Vorlage 13/298/5  
28. Änderung des Flächennutzungsplanes (Bereich östlich des Constantia-deiches, südlich des Larrelder Tiefs, westlich der Westumgehung und nördlich des Bebauungsplanes D 44 A)  
- Feststellungsbeschluß (Stadium III)

Beschluß: Die 28. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

Punkt 17: Vorlage 13/364/2  
Bebauungsplan D 44 B (V. Abschnitt) - mit gestalterischen Festsetzungen - in Larrelt (Gebiet östlich des Constantiadeiches, nördlich des Baugebietes D 44 A II. Abschnitt und westlich der Westumgehung)  
- Satzungsbeschuß (Stadium III)

Beschluß: Der Bebauungsplan D 44 B - mit gestalterischen Festsetzungen - nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 18: Vorlage 13/337/4  
29. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gebiet nördlich der Ulmenstraße, südlich der Buchenstraße, östlich des Sportplatzes und westlich der Osterburgschule)  
- Feststellungsbeschuß (Stadium III)

Beschluß: Die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: Vorlage 13/48/10  
C 9, 2. Änderung (Kunsthalle) Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB, 1. Änderung des Durchführungsvertrages

**Herr Röttgers** führt aus, durch den Bau des Großraumkinos werde eine Verlegung der 60 Parkplätze für die Kunsthalle auf dem ehemaligen Schlachthofgelände erforderlich. Die Entfernung zur Kunsthalle werde dadurch verringert. Der Durchführungsvertrag müsse entsprechend geändert werden.

Beschluß: § E 1 a) des Durchführungsvertrages erhält folgende Neufassung:

"Herrichtung eines Parkplatzes mit 60 Stellplätzen in Ausführung mit wassergebundener Decke auf dem Gelände des ehem. Schlachthofes entsprechend **der Anlage zum Durchführungsvertrag. Als Verursacherin der Änderung wird die Stadt den Bauantrag für den Parkplatz stellen.**"

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/127/3  
Lokale Agenda in Emden / Beitritt zur "Charta von Aalborg"

**Herr Leeker** erklärt, seine Fraktion begrüße die Lokale Agenda sowie den Beitritt zur "Charta von Aalborg" und sei der Meinung, daß man sich im Sinne dieser Charta verhalten könne. Allerdings erwarte man, daß das Prinzip der Freiwilligkeit erhalten bleibe. Man könne Menschen nicht dazu bringen, auf Kommando Umweltschutz zu betreiben, sondern man müsse sie überzeugen, so zu handeln.

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

**Herr Bongartz** führt aus, seine Fraktion habe bei der Diskussion in den Ausschüssen zum Ausdruck gebracht, daß man sich daran halten wolle, was die "Charta von Aalborg" eigentlich aussage, nämlich daß man sich in allen städtischen Belangen an diesen Grundsätzen orientiere. Wenn man den Bürger zum Umweltschutz auffordern und das Prinzip der Nachhaltigkeit verfolgen wolle, dann müsse man sich auch als Stadt an diese Dinge halten.

**Herr Renken** begrüßt namens seiner Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, insbesondere deshalb, weil sie das Ansinnen bei der ersten Beratung im Jahre 1997 gestellt habe. Die Überlegung sei damals gewesen, daß mit der Teilnahme an dieser Charta ein Prinzip der Selbstverpflichtung verbunden sei, die in dem jetzt fast zwei Jahre dauernden Prozeß von vielen Bürgern im Rahmen einer freiwilligen Teilnahme praktiziert werde.

Man müsse selbstkritisch überprüfen, wie der städtische Umweltschutz in der Vergangenheit gelaufen sei und wie er in Zukunft im Rahmen der "Charta von Aalborg" laufen werde, ob man es sich leisten könne, die Stadt mit herkömmlichen Bauten zu überziehen, oder auch andere Prinzipien Eingang finden könnten. Die Einbeziehung der Bürger sei unabdingbar. Die Auseinandersetzung um den Windpark in Wybelsum habe gezeigt, daß man eine andere Politik gegenüber den Bürgern finden müsse.

Des weiteren möchte er darauf hinweisen, daß dieser Prozeß nur Chancen habe, wenn sich auch der Verwaltungsvorstand dieser Sache intensiver annehme. Die Ausschußmitglieder seien angehalten worden, der Sache mehr Gewicht beizumessen. Für ihn habe dieser Prozeß den gleichen Stellenwert wie das Thema Verwaltungsreform. Eine ganze Reihe von Absichten und Instrumenten ziele in die gleiche Richtung.

Man müsse auch daran denken, dem Agendabüro eine neue Form zu geben, um dem Gedanken der Dauerhaftigkeit mehr Gewicht in der Verwaltung zu verleihen. Wenn diese Vorlage so beschlossen werde, dann bedeute das einen Startschuß in eine nächste Etappe.

Für **Herrn Bolinius** stellt dieser Beitritt einen groben Rahmen dar, in dem man sich gemeinsam bewegen müsse.

Beschluß: Die Stadt Emden tritt der "Charta von Aalborg" bei.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 21: Vorlage 13/846  
Beitritt zur "Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E)"

**Herr Brinkmann** weist auf die Bedeutung solcher Güterverkehrszentren hin und verspricht sich von dem Beitritt der Stadt Emden positive Auswirkungen auf den Emder Hafen.

Auf eine Bemerkung von **Herrn Strelow** erklärt **Herr Brinkmann**, daß es nicht um die Befahrbarkeit der Ems gehe, sondern hauptsächlich um die Verteilung der Güter per Schiene und Straße.

Beschluß: Die Stadt Emden tritt der "Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E)" bei.

Ergebnis: einstimmig



## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

---

Punkt 22: Vorlage 13/854  
Wahl des Schiedsmann-Stellvertreters für das Schiedsamt 4 (Wybelsum)

Beschluß: Herr Klaus Schröder, Peterswolder Weg 3, wird zum Schiedsmann-Stellvertreter für das Schiedsamt Emden 4 (Wybelsum) für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 23: Vorlage 13/855  
Wahl des Schiedsmann-Stellvertreters für das Schiedsamt 5 (Twixlum)

**Herr Janßen** führt aus, Herr Petrikewitz wohne in Borssum und nicht in Twixlum. Es müßte s. E. doch möglich sein, jemanden aus dem Ortsteil zu finden.

**Herr Woldmer** bemerkt, einen Schiedsmann könne jeder vorschlagen. Während früher die Ortsräte die Vorschläge unterbreitet hätten, kämen diese heute von den Orts- und Bürgervereinen. Nach Möglichkeit sollte ein Schiedsmann aus dem Dorf kommen, weil ihm die Einwohner bekannt seien.

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, daß es sich um ein Ehrenamt handele, das nicht viel Freude bereite. Er könne es nicht zulassen, daß eine Person, die sich dafür zur Verfügung gestellt habe, in die öffentliche Diskussion gerate. Notfalls müsse der Punkt zurückgestellt werden.

**Herr Röttgers** bestätigt, daß früher die Ortsbürgermeister und Ortsvorsteher die Vorschläge eingebracht hätten, die es jetzt nicht mehr gebe. Nach langem Suchen habe der ehemalige Ortsbürgermeisters Wessels diesen Vorschlag gemacht, weil niemand in Twixlum dazu bereit gewesen sei.

**Herr Wessels** erklärt, es sei sehr schwierig gewesen, sowohl für Wybelsum als auch für Twixlum jemanden zu finden, weil niemand dieses Amt ausüben wolle. Da das Schiedsamt in Twixlum nur sehr selten in Anspruch genommen werde und Herr Petrikewitz bereits mit der Stellvertretung beauftragt worden sei, sei vorgeschlagen worden, ihn für weitere 5 Jahre zu wählen.

Nach Meinung von **Herrn Bongartz** sollte man froh darüber sein, daß sich überhaupt jemand bereit gefunden habe. Er wisse aus seiner beruflichen Erfahrung, mit welchen Unannehmlichkeiten ein solches Amt verbunden sei und was dort alles verhandelt werde. In Zukunft sollte man sich bei der Besetzung solcher Stellen intensiv in den Ortsteilen bemühen, geeignete Leute zu finden, weil diese mit den dortigen Verhältnissen vertraut seien.

Beschluß: Herr Erwin Petrikewitz wird zum Schiedsmann-Stellvertreter für das Schiedsamt Emden 5 (Twixlum) für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

---

Punkt 24: Vorlage 13/769  
9. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden

Beschluß: Die der Vorlage 13/768 als Anlage beigefügte 9. Änderungsverordnung wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 25: Vorlage 13/826  
Kostenersatz- und Gebührensatzung der Feuerwehr

**Herr Bolinius** teilt mit, seine Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen, weil sie mit der Gebühr von 100,- DM für die Beseitigung eines Wespennestes nicht einverstanden sei, da es sich ihrer Meinung nach um höhere Gewalt handele.

**Herr Röttgers** entgegnet, es stehe ausschließlich die Änderung des Kosten- und Gebührentarifs hinsichtlich des Vorausrüstfahrzeuges (Pos. 2.3.1) an.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Erweiterung des Kosten- und Gebührentarifs zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben um die Position 2.3.1.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 2

Punkt 26: Vorlage 13/837  
1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden

Ergebnis: Dieser TOP wurde abgesetzt.

(Herr Bolinius verläßt die Sitzung.)

Punkt 27: A n t r ä g e

1. Vorlage 13/833  
Straßenbenennung im Stadtteil Wolthusen, Bebauungsplan D 8 (8. Änderung);  
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.1999

**Herr Leeker** führt aus, seine Fraktion sei der Meinung, daß Jan Klinkenborg es verdient habe, nach ihm eine Straße zu benennen, und beantrage deshalb, der neuen Straße in Wolthusen, wo Jan Klinkenborg aufgewachsen sei und gelebt habe, seinen Namen zu geben.

Das schließe nicht aus, daß in Zukunft weitere Anträge in dieser Richtung gestellt würden. Man sollte sich bemühen, die Menschen, die in der Vergangenheit und insbesondere nach

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999**

---

Kriegsende für die Stadt Emden intensiv gewirkt hätten, dadurch auszuzeichnen, daß nach ihnen eine Straße benannt werde. Er denke in diesem Zusammenhang auch an Arthur Engler, Max Schieritz und andere, die sehr viel für das Gemeinwesen getan hätten.

**Herr Bongartz** möchte ebenfalls den Vorschlag einbringen, bei der nächsten Namensgebung an Arthur Engler zu denken, der ein Mann der ersten Stunde und u.a. Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages gewesen sei.

**Herr Brinkmann** hält es ebenfalls für angebracht, an die Frauen und Männer der ersten Stunde zu denken. Die Verwaltung werde entsprechende Vorschläge erarbeiten, so daß der Rat ausreichend Gelegenheit bekomme, sich mit der Thematik zu beschäftigen.

**Herr Hellmann** findet es etwas unglücklich, wenn man in ein Gebiet, wo es eine gewisse Geschlossenheit in bezug auf die Straßennamen gebe, etwas anderes hineinbringe. Man müsse überlegen, wie man das in Zukunft am besten lösen könne.

**Herr Brinkmann** entgegnet, wenn es eine Straße gebe, mit der Jan Klinkenborg in Verbindung gebracht werde, dann sei es der alte Sportplatz in Wolthusen, wo er so oft tätig gewesen sei für den Verein. Grundsätzlich sei er auch dafür, die Thematik in sich geschlossen zu diskutieren und zu versuchen, eine Lösung zu finden.

Auf die Bitte von **Herrn Bongartz**, auf den Straßenschildern eine kurze Erläuterung anzubringen, erwidert **Herr Röttgers**, daß dieses generell seit einiger Zeit gemacht werde.

Beschluß: Die im Bebauungsplangebiet D 8 (8. Änderung) neu entstehende Straße wird

### **Jan-Klinkenborg-Straße**

benannt.

Ergebnis: einstimmig

2. Vorlage 13/799  
Betrieb der Kindertagesstätten;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.1999

Vorlage 13/799/1  
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Herr Mecklenburg** führt aus, nach Aufhebung der landesgesetzlichen Vorschriften sei man im Interesse der Kinder für eine Sicherung der Qualität in den Kindergärten verantwortlich und wolle deshalb an den bisherigen Standards festhalten. Dies betreffe insbesondere die Gruppengröße, die Personalausstattung, die Sozialstaffel für die Elternbeiträge und die Zuschüsse an Kindergärten in freier Trägerschaft. Die Kinder, die Eltern sowie die Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten hätten einen Anspruch auf Verlässlichkeit und Klarheit ihrer Arbeit.

Daß zusätzlich Einsparungsmöglichkeiten untersucht werden sollten, ergebe sich aus dem beträchtlichen Zuschußbedarf für Kindergärten und aus der Haushaltssituation, die in allen Bereichen der Stadt Sparzwänge erzeuge, und so auch in diesem Bereich. Daran ändere auch nichts die zurückgenommene Kürzung der Landeszuschüsse für die Haushalte 1999 und 2000. Der Jugendhilfeausschuß habe den Antrag angenommen, und er bitte auch den Rat um Zustimmung.

**Herr Renken** erklärt, für seine Fraktion seien zwei Dinge ausschlaggebend gewesen, diesen Antrag zu stellen nach den Beratungen im JHA und im VA. Zum einen werde die Finanzhilfe für die Jahre 1999 und 2000 doch ungekürzt in den kommunalen Finanzausgleich eingestellt und zum anderen solle das Volksbegehren für den Erhalt des Kindertagesstättengesetzes unterstützt werden. Man halte deshalb den Antrag in der ursprünglichen Fassung nicht mehr für sinnvoll.

Der Rat habe am 03.12.1998 auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, die bisherigen Standards landesgesetzlich zu sichern. Von daher ergebe sich zwangsläufig, daß der Rat, wenn er diese Position weiterhin aufrechterhalte, auch das Volksbegehren unterstützen müsse, das eingeleitet worden sei, um die Gesetzesänderung rückgängig zu machen und die alten Standards wieder einzuführen.

Da die Mittel ungekürzt in den kommunalen Finanzausgleich eingesetzt worden seien, stelle sich die Frage, weshalb noch ein gesonderter Auftrag zur Prüfung von Einsparpotentialen erteilt werden solle. Das RPA habe in seinem Prüfungsbericht für 1997 festgestellt, daß hinsichtlich der Kosten pro Kindergartenplatz die Stadt Emden 4 % unter dem Durchschnitt liege und bei den Elternbeiträgen 1,3 % unter dem Landesdurchschnitt.

Seine Fraktion sei deshalb der Meinung, daß mit einer solchen Prüfung falsche Signale gesetzt würden, die dazu führten, daß anstelle von Stabilität Unruhe hineinkomme und der Beschluß praktisch wieder ausgehebelt werde. Er plädiere deshalb dafür, im Interesse der Sicherstellung der Qualitäts- und Rahmenbedingungen für Eltern, Kinder und Mitarbeiter diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Er möchte noch darauf hinweisen, daß sowohl der Nieders. Städtetag als auch der Nieders. Städte- und Gemeindebund zu der Auffassung gelangt seien, daß kurzfristig Einsparungen gar nicht umzusetzen seien, es sei denn, man wolle auf Massenentlassungen hinaus.

Er beantrage vorsorglich, über die jeweiligen Punkte einzeln abstimmen zu lassen.

**Herr Dr. Beisser** ist der Ansicht, daß man die durch die Rücknahme der Kürzung der Fördermittel gewonnene Zeit nutzen sollte, um Einsparpotentiale zu suchen und prüfen zu lassen. Allerdings sei ihm der Antrag der Mehrheitsfraktion zu eng gefaßt, um diese Suche sinnvoll erscheinen zu lassen.

Man begrüße grundsätzlich, daß Einsparpotentiale gesucht würden vor dem Hintergrund, daß sich die Finanzausstattung der Verwaltung sicherlich in naher Zukunft verschlechtern werde, gewisse Urteile des Bundesverfassungsgerichts sich auswirkten und der Konsolidierungszwang fortgesetzt werde. Auch das Gesetz zur Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs werde nach Aussage des Nieders. Städtetages wiederum in Bückeburg verhandelt werden.

Seine Fraktion werde sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion aus den genannten Gründen der Stimme enthalten und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen.

**Herr Hellmann** weist darauf hin, daß seine Fraktion seinerzeit dem Antrag der SPD-Fraktion unter anderen Vorzeichen zugestimmt habe, weil die Situation bezüglich der Ausstattung der Kindergärten bedenklich gewesen sei. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall. Man werde dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zustimmen, weil er den Kern der Sache treffe und in sich schlüssiger sei. Die Punkte 3 und 4 hätten sich inzwischen erledigt.

**Herr Mecklenburg** fährt fort, seine Fraktion habe in den Ausschlußberatungen frühzeitig deutlich gemacht, wo sie stehe und was sie für erhaltens- und schützenswert erachte. Es gehe um die Sicherung der Standards und eine verlässliche Handlungsgrundlage für die Emdener Kindertagesstätten.

Einsparungen dürften nicht zu Lasten der Kinder und der pädagogischen Arbeit gehen. Vielmehr stelle man sich vor, daß beispielsweise durch Verwaltungsvereinfachung, durch Straffung von Verwaltungsvorgängen bei der Einziehung von Elternbeiträgen noch Einsparungsmöglichkeiten vorhanden seien. Das solle nach dem Willen seiner Fraktion überprüft werden. Auf keinen Fall stehe die Höhe der Elternbeiträge zur Disposition.

Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt dazu auffordere, der Rat möge sich dafür einsetzen, dem Volksbegehren beizutreten, so sei dies. s.E. völlig unnötig. Jeder mündige Bürger könne das für sich selbst entscheiden. Seine Fraktion lehne den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

**Herr Bongartz** bemerkt, der Antrag der SPD sei damals gestellt worden, als die Kürzungen des Landes angekündigt worden seien mit der Folge, daß die Stadt Emden mit ihren Steuermitteln hätte einspringen müssen.

Er möchte daran erinnern, mit welchen Versprechungen in bezug auf Kindergärten man in den vergangenen Jahren in den Wahlkampf gegangen sei. Erst habe man 100 % der Personalkosten übernehmen wollen, dann 75 % und dann gar nichts mehr. Nunmehr würden die Mittel für die Kindergärten nicht mehr getrennt ausgewiesen, sondern seien Bestandteil des Finanzausgleichs und nicht mehr zweckgebunden.

Das sei eine Qualitätsänderung gegenüber dem, was man vorher als Finanzverpflichtung gehabt habe. Man könne höchstens die Summe herausnehmen, die man zum Erhalt der Standards benötige, um nicht in Versuchung zu geraten, die Mittel für etwas anderes auszugeben.

Er möchte vorschlagen, mit dem Antrag noch zu warten, bis das Volksbegehren gelaufen sei, und dann darüber neu zu entscheiden. Warum solle man Standards absichern, wenn das Aufgabe des Landes sei und auch bleiben solle. Von daher würde er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen.

**Herr Renken** führt aus, wenn es dem Rat mit der am 03.12.1998 beschlossenen Resolution ernst sei, dann müsse er schon sagen, daß das Volksbegehren derzeit die einzige Chance sei, den Landtag dazu zu bewegen, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Er habe deshalb kein Verständnis dafür, daß man dem Antrag seiner Fraktion nicht zustimmen wolle.

**Herr Leeker** erklärt, was die Punkte 3 und 4 des SPD-Antrages angehe, so habe sein Fraktionskollege bekräftigt, daß man an den Standards festhalte, gleichwohl einen Prüfauftrag an die Verwaltung gebe hinsichtlich des Kindertagesstättenbereiches, da es sicherlich noch Möglichkeiten gebe, die Verwaltung effektiver zu gestalten. Man könne darauf nicht verzichten, denn es sei klar geworden, daß man die Zuweisungen des Landes im Rahmen eines Pauschalbetrages erhalte und aus diesem Topf auch andere Dinge finanzieren müsse. Man werde in allen Bereichen aufgrund der schmalen Kassenlage prüfen müssen, wo man noch einsparen könne.

Ausdrücklich habe man den pädagogischen Teil aus den Einsparmaßnahmen herausgenommen. Diese Politik habe man in den letzten Jahrzehnten immer wieder neu vertreten und auch in den Wahlaussagen zum Ausdruck gebracht.

## Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999

Nach einer abschließenden Diskussion, in der die **Herren Scholl, Züchner, Leeker, Bongartz** und **Renken** noch einmal ihre Meinung vertreten, läßt **Herr Dr. Kleinschmidt** zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Punkte 3 und 4 des Beschlußvorschlages zu streichen und dafür die neuen Punkte 3 und 4 einzusetzen, abstimmen.

Beschluß: Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 13

Es wird dann jeweils einzeln über die Ziffern 1 bis 4 des SPD-Antrages abgestimmt.

Beschluß: 1. Der Rat der Stadt Emden hält auch nach einer Aufhebung der landesgesetzlichen Vorschriften an den bislang geltenden sachlichen und personellen Standards in Kindertagesstätten fest.

Insbesondere gilt dies für die Gruppengröße von 25 Kindern, die Sozialstaffel für Elternbeiträge, die Zuschüsse an Kindergärten in freier Trägerschaft und die bislang geltenden Personalstandards in Kindertagesstätten.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 1

2. Der Rat der Stadt Emden fordert im Zusammenhang mit den Zuschüssen an Kindertagesstätten in freier Trägerschaft von den Trägerorganisationen ebenfalls keine Veränderung der bislang geltenden sachlichen und personellen Standards.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 1

3. Die Verwaltung der Stadt Emden wird beauftragt, vor Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 01.09.1999 eine Übersicht über mögliche Veränderungen und Einsparpotentiale zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 14

4. Vor einer Beschlußfassung über mögliche Einsparpotentiale im Bereich der Kindertagesstätten wird eine Anhörung der zuständigen Personalräte und der Elternbeiräte durchgeführt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 13

(Herr Züchner verläßt die Sitzung.)

### 3. Resolution zu VW-Arbeitsplätzen

**Herr Dr. Kleinschmidt** führt aus, zu Beginn der Sitzung hätten sich alle Ratsmitglieder damit einverstanden erklärt, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

**Herr Brinkmann** weist der Form halber darauf hin, daß die Behandlung dieses Punktes nur möglich sei, wenn diesbezüglich Einmütigkeit herrsche, weil der Antrag nicht durch den VA vorbereitet worden sei.

**Frau Everwien** teilt mit, man habe der Presse entnehmen können, was sich z. Z. bei VW, insbesondere am Standort Emden, abspiele. Die Unternehmensleitung habe gestern morgen angekündigt, daß 550 von knapp 1.200 befristet eingestellten Mitarbeitern nicht übernommen würden. Das bedeute, daß diese innerhalb der nächsten 3 Wochen nach Hause gingen oder heute ihren letzten Arbeitstag hätten.

Die Kollegen seien gestern um 11.15 Uhr in der Frühschicht informiert worden und hätten aus Wut und Empörung die Arbeit niedergelegt. Die Spätschicht habe dann um 14.30 Uhr die Arbeit niedergelegt, so daß seit heute morgen die Bänder nicht mehr liefen.

Die 550 Kollegen wüßten nicht, wie sie dran seien und ob sie wiederkommen könnten. Die Unternehmensleitung in Emden habe nicht die Handlungsvollmacht, das zu entscheiden. Herr Wienekamp habe für morgen 10.00 Uhr in Wolfsburg ein Treffen vereinbart, um noch einmal darüber zu diskutieren, ob und wie man den Vorstand dazu bewegen könne, die Entscheidung zurückzunehmen. Die Situation sei sehr dramatisch. Innerhalb der nächsten 2 oder 3 Wochen seien diese Menschen arbeitslos.

**Herr Bongartz** begrüßt es, daß dieses Thema im Rat diskutiert werde. Man müsse aber zunächst festhalten, daß es sich um Zeitverträge handele, bei denen von vornherein feststanden habe, daß es eine Verlängerung oder Übernahme nicht geben werde. Das Schizophrene sei, und das sei in der Wirtschaft generell derzeit zu beobachten und bei VW stark ausgeprägt, daß 550 Leute nach Hause geschickt würden in einer Region, die als außergeröhlich strukturschwach gelte. Man werde das nie wieder aufholen können.

Es sei deshalb richtig und bemerkenswert, daß diejenigen, die fest in Arbeit stünden, ihre Solidarität mit den von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen nach außen erkennbar zum Ausdruck brächten. Es könne nicht sein, daß man jetzt 550 Leute nach Hause schicke und die Produktion auf Hochtouren weiterlaufen lasse, was nur durch Überstunden bewältigt werden könne.

**Herr Dr. Beisser** bemerkt, so sehr er die Sorgen der 550 Betroffenen verstehe und das Ausmaß der Solidarität bewundere, so möchte er doch zu bedenken geben, daß bei VW ein neuer Haustarif ausgearbeitet werde. VW habe zu dem Mittel der Zeitarbeitsverträge greifen müssen, weil der Konzern 1994 in arge Schwierigkeiten geraten sei, und das sei noch nicht so lange her.

**Frau Everwien** führt ergänzend aus, das Widersinnige an der Sache sei, daß nach Auflösung der befristeten Arbeitsverhältnisse Mehrarbeit angesagt sei. Um die geforderte Stückzahl bauen zu können, sei jeder Freitag eingeplant, seien Samstage eingeplant, und das sei nur zu schaffen mit den Befristeten. Wenn die Arbeit weniger würde und man mit den Stückzahlen herunterginge, hätte man ja noch Verständnis. Das Gegenteil sei der Fall. Man könne Menschen nicht in die Arbeitslosigkeit schicken, wenn andere zig Überstunden machen müßten.

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999**

---

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, daß der Rat hier keine inhaltliche Debatte führen könne, dafür gebe es Tarifparteien. Aber der Rat könne seine Solidarität zum Ausdruck bringen, indem er ganz spontan eine Resolution verabschiede, die so aussehen könnte:

"Der Rat der Stadt Emden unterstützt die Bemühungen des Betriebsrates des VW-Werkes Emden, die auslaufenden Zeitverträge in Dauerarbeitsplätze umzuwandeln.

Er fordert den Vorstand von VW auf, die getroffene Entscheidung zugunsten der betroffenen Menschen und der Region zu überdenken und zu revidieren."

**Herr Leeker** erklärt, seine Fraktion werde sich einer solchen Resolution anschließen.

**Herr Grigull** weist darauf hin, es gebe Betriebsangehörige, die jeden Samstag Überstunden machten und sonntags arbeiteten. Wenn dann 550 befristet eingestellten Arbeitnehmern gesagt werde, ihre Verträge würden umgewandelt, wenn die Lage es zulasse, so rechneten diese fest damit in einer Zeit, wo VW Gewinne einfahre wie noch nie zuvor. Und wenn diese entgegen ihren Erwartungen dann gehen müßten und arbeitslos würden, dann sei dies ein Grund, diese Resolution zu beschließen.

Nach Meinung von **Herrn Renken** sei der Vorschlag von Herrn Brinkmann geeignet, die Stimmung im Rat wiederzugeben. Man müsse es schon als Provokation empfinden, was dort z. Z. laufe. Am Vorabend des 1. Mai angesichts des Arbeitsanfalles in diesem Werk eine Massenentlassung anzukündigen, auch wenn die Verträge so abgefaßt seien, sei schon ein schwerer Schlag gegen die Beschäftigung in der Region und das kürzlich gegründete Bündnis für Arbeit zwischen Emden und dem LK Aurich. Er habe sich davon versprochen, daß solche Situationen nicht eintreten würden.

**Herr Bongartz** bemerkt, wenn in den Werken Kassel, Hannover, Braunschweig und Wolfsburg 550 Arbeitsplätze abgebaut würden, tue das zwar weh, aber längst nicht so weh wie in dieser Region. Was hier an Arbeitsplätzen abgebaut werde, das bekomme man so schnell nicht wieder. Deswegen sei das Engagement hier auch so außergewöhnlich wichtig, weil die ganze Region betroffen sei. Seine Fraktion werde deshalb der Resolution zustimmen.

**Frau Pohlmann** ist bekannt geworden, daß die nach der Kündigung der 550 Mitarbeiter anfallende Mehrarbeit durch die befristete Einstellung von 700 Studenten aufgefangen werden solle.

**Frau Everwien** bestätigt, daß geplant sei, in den Semesterferien Studenten zu beschäftigen.

**Herr Strelow** bemerkt, seine Kinder hätten die Zusage, daß sie in den Semesterferien dort arbeiten könnten.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Vorschlag des Oberbürgermeisters abstimmen.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden verabschiedet folgende Resolution:

"Der Rat der Stadt Emden unterstützt die Bemühungen des Betriebsrates des VW-Werkes Emden, die auslaufenden Zeitverträge in Dauerarbeitsplätze umzuwandeln.

Er fordert den Vorstand von VW auf, die getroffene Entscheidung zugunsten der betroffenen Menschen und der Region zu überdenken und zu revidieren."

Ergebnis: einstimmig



## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.04.1999**

---

Punkt 28: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.50 Uhr.